



Nachlese Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer und Paul Stoop

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Globale Fragen

Auch in diesem Sommer hat das WZB Besuch bekommen von internationalen Wissenschaftlern und Forschungsmanagern, die sich über institutionelle und inhaltliche Fragen informieren. Anfang Juli war eine Delegation aus Thailand und Malaysia auf Einladung der Bundesregierung zu Gesprächen in Deutschland. Die Gäste kamen von Think Tanks und Universitäten in Bangkok (Thailand), Penang, Kuala Lumpur und Selangor (Malaysia). Sie informierten sich über die Rolle außeruniversitärer Forschungseinrichtungen im Wissenschaftssystem, das Zusammenspiel von öffentlichen Zuwendungsgebern und freier Wissenschaft sowie das Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit. Wie kann gesichert werden, dass staatliche und zivilgesellschaftliche Forschungsförderung auch unkonventionelle Ansätze unterstützt? Wie stark kann und soll bei Grundlagenforschung der Aspekt der öffentlichen Vermittlung sein? Inwieweit können Drittmittelgeber unerwünschte Ergebnisse zensurieren oder verschweigen? Die politischen Rahmenbedingungen in den Ländern der Besucher mögen sich deutlich von der Situation in Deutschland unterscheiden, die Herausforderungen im wissenschaftlichen Alltag sind ähnlich.

Lokale Streifzüge

Der „Hausbus“ des WZB, die Berliner Buslinie M 29, ist Protagonist eines Multimedia-Projekts der *Berliner Morgenpost*. Vom Grunewald über den Checkpoint Charlie bis nach Neukölln – der Bus führe durch das soziale Universum der Stadt, schreiben die Macher. Sie laden ein, sich Haltestelle für Haltestelle mit dem jeweiligen urbanen Mikrokosmos vertraut zu machen. Ob Wahlverhalten, Bildung oder Migrationshintergrund: Die Lebensverhältnisse in den Kiezen, durch die dieser Bus fährt, werden in Statistiken und Reportagen vorgestellt. Das WZB war an dem Projekt zwar nicht beteiligt, es ist auf der langen virtuellen Busfahrt aber zu sehen: <http://interaktiv.morgenpost.de/m29/>.

Mitlese

Die vom WZB mit herausgegebene Zeitschrift *Leviathan* befasst sich auch im September-Heft wieder intensiv mit der Zukunft der Europäischen Union. Fragen der Legitimität in Zeiten der Krise widmen sich der Rechtswissenschaftler Christoph Möllers und der Sozialforscher Wolfgang Streeck. Außerdem analysieren Sascha Dickel und Jan-Felix Schrape in einem Artikel den digitalen Technik-Utopismus – die aktuell weitverbreitete Hoffnung, Digitalisierung und Internet würden radikal neue politische Gestaltungsmöglichkeiten bringen. Radikale Demokratisierungsthesen wirkten bis in den sozialwissenschaftlichen Diskurs hinein. Die Autoren vergleichen solche Technik-Utopien mit der Ära der 1960er und 1970er Jahre mit ihrem Planungsoptimismus und ihren futurologischen Fortschrittsfantasien. Die Autoren sind auch angesichts der gegenwärtigen Utopien skeptisch. Das weltweite Netz habe „bisher – abgesehen vielleicht von Wikipedia – noch keine grundsätzlichen Rollenverschiebungen eingeleitet, und die entscheidenden Dynamiken des Informationszeitalters sind weit weniger als angenommen durch die Nutzer geprägt, sondern mehr als alles andere durch einige wenige, weltweit dominierende US-Technologiekonzerne, welche die zentralen infrastrukturellen Grundlagen des Netzes bereitstellen, die finanziellen Mittel besitzen, um kontinuierlich in Forschung und Entwicklung zu investieren, die Internetnutzer regelmäßig mit neuen Diensten beziehungsweise Plattformen konfrontieren und so den Erfahrungsraum der meisten Netzbesucher sehr deutlich mitprägen.“

Warner im Exil

Dem Pessimismus der *Leviathan*-Autoren ist verwandt, was WZB-Forschungsprofessor John Keane aus seiner Begegnung mit WikiLeaks-Sprecher Julian Assange berichtet. Vor der „digitalen Demenz“ zu warnen, wie es der deutsche Hirnforscher Manfred Spitzer tut, greife viel zu kurz, erklärt der Internet-Aktivist. Mit Blick auf Google spricht er von „digitalem Kolonialismus“ und betont damit die politische Bedeutung der Dominanz der Algorithmen. Keane hat den „immer bleicheren“ Assange in dessen Asyl in der ecuadorianischen Botschaft in London getroffen. In der australischen Zeitschrift *The Monthly* (Juni 2015) berichtet er in einem langen Essay von dem Gespräch, von Assanges Analysen der Verflechtung von Google, CIA und NSA, von dessen Ideen zum Widerstand und seiner Resignation: „He’s generally miserable about the future of democracy.“

Vorlese

Freuen Sie sich auf das Jubiläumsheft der *WZB-Mitteilungen*! Im Dezember wird die 150. Ausgabe der *WZB-Zeitschrift* erscheinen. Aus diesem Anlass wird einmal nicht ein thematischer Schwerpunkt im Mittelpunkt stehen, sondern ein Panorama von *WZB*-Forschungsarbeiten, die Grenzen überschreiten: weil sie quer zu den Disziplinen liegen, ungewöhnliche Ansätze ausprobieren oder neue Darstellungsformen umsetzen.

Ein Missverständnis

Mattias Kumm, Leiter des *WZB Center for Global Constitutionalism*, wurde im Juni in Moskau unangenehm überrascht. Er war zum ersten Mal nach vielen Jahren nach Russland eingeladen worden. Zu einem Sammelband mit dem Titel „Demokratien 21: Ein Paradigmenwechsel“ hatte er, wie andere renommierte Forscher aus der westlichen Welt, einen Essay beigesteuert, der in einer Pressekonferenz vorgestellt wurde. Herausgeber und Gastgeber war der regierungsnahen Think Tank ISEPR (Institut für sozioökonomische und politische Forschung). An einer kritischen Bestandsaufnahme der Demokratie in Westeuropa und in den USA fehlte es nicht in dem Artikel, ebenso wenig an einer klaren Botschaft an Russland. „Es wäre ein Fehler, dem alten Sirenenklang autoritärer Herrschaft in der zaristischen Tradition zu erliegen, verbunden mit einem toxischen Gebräu aus Nationalismus, imperialem Streben und Gewaltanwendung. (...) Die größte Gefahr liegt darin, dem Zynismus zu verfallen, nationalistische Parolen auszugeben und sich dem altbekannten Totentanz von Großmachtgehebe und Dominanzstreben hinzugeben“, schrieb der Rechtswissenschaftler. Nur: Ausgerechnet dieser Absatz über Russland, der letzte des Artikels, fehlte in dem Band. Kumm protestierte, nach seiner Rückkehr erhielt er eine Entschuldigung des ISEPR-Direktors. Das Ganze sei ein „Missverständnis“, schrieb dieser, der Text werde in der Online-Version komplett erscheinen. Zunächst tat sich nichts. Drei Tage, nachdem die Welt (Ausgabe vom 12. Juni 2015) berichtet hatte, erschien dann der Absatz, der in der Printfassung fehlt, online ergänzt.

Wissenschaft als Beruf

„Kein Tag verläuft wie der andere“, zitiert die Webseite *abi.de* *WZB*-Bildungsforscherin **Stefanie Jähnen**. Die Bundesagentur für Arbeit macht hier Schülerinnen und Schüler mit möglichen Studiengängen und Berufsfeldern vertraut. Für die Soziologie darf Stefanie Jähnen Werbung machen – und sie tut das engagiert. Vielfältige Kontakte prägen ihren Alltag ebenso wie die akribische analytische Arbeit an großen Datenmengen, erklärt die Doktorandin, die sich mit Themen wie Schulerfolg und Studierneigung befasst. Und das alles mit einem klaren Anliegen: „Mir ist die gesellschaftliche Relevanz meiner Arbeit wichtig, die die Grundlagen für mögliche politische Änderungen schafft.“

Politische Wissenschaft

Schon vor dem YouTube-Journalisten LeFloid bekam **Lena Hipp**, die Leiterin der *WZB*-Nachwuchsgruppe Arbeit und Fürsorge, Gelegenheit, Kanzlerin Angela Merkel Fragen zu stellen. Wie können mehr Männer mehr Zeit für ihre Kinder haben? Wann wird Erwerbsarbeit gerechter verteilt? Wie werden Er-

ziehungsarbeit und Pflege aufgewertet? Auf diese Themen ging die Kanzlerin im Vorfeld des Deutschen Fürsorgetags Mitte Juni ein. Das Video des Interviews aus der Reihe „Die Kanzlerin direkt“ ist in der Mediathek des Kanzleramts zu finden.

Anwendungsorientierte Grundlagenforschung

Wie ärgerlich: Da hat die Fundraiserin eine neue Kampagne entwickelt, die gut funktioniert. Aber nur auf den ersten Blick. Versprochen wurde, dass jede Spende von einem bereits vorhandenen Großspender mit einem bestimmten Faktor multipliziert wird. Zwar steigt jetzt die Zahl der Spender, die Höhe der einzelnen Spenden aber sinkt. Ein Nullsummenspiel, in der Welt der Charity-Profis als „crowding out“ bekannt. Die *WZB*-Ökonomen **Maja Adena** und **Steffen Huck** haben mithilfe eines Feldexperiments versucht, den unliebsamen Effekt auszuhebeln. Sie schrieben 25.000 regelmäßige Besucher der Frankfurter Oper an und baten sie um Unterstützung für eine Mitmach-Oper für Vorschulkinder. Dafür nutzten sie drei verschiedene Settings: Einmal wurde lediglich mitgeteilt, dass bereits eine nennenswerte Großspende eingegangen sei. Die zweite Gruppe erfuhr, dass ihre Spende vom Großspender verdoppelt werde. Der dritten Gruppe schließlich wurde mitgeteilt, der Großspender unterstütze ein weiteres Projekt – einen Opernbus, der Grundschulen besuche – mit einer Summe, die der von ihnen fürs Mitmach-Projekt gespendeten entspricht. Es gewann: der Opernbus! Merke: Wird eine Zusatzspende für ein anderes Projekt versprochen, fällt der „Crowding-Out“-Effekt schwächer aus. „Wie bringt man vermögende Kulturfreunde zum Spenden? Zwei Marktforscher kennen die Antwort“, frohlockt die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*.

Von der Aktualität konkretisiert

Über die Schattenseiten von UN-Friedensmissionen schrieb **Gisela Hirschmann**, bis vor kurzem wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Global Governance und jetzt Max Weber Fellow am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, im Juni-Heft der *WZB-Mitteilungen*. Immer wieder würden von den internationalen Helfern fundamentale Menschenrechte verletzt, durch Nicht-Eingreifen bei Völkermorden wie in Ruanda oder Bosnien, durch widerrechtliches Festhalten von Verdächtigen in Gefängnissen wie im Kosovo oder in Afghanistan, durch körperliche Übergriffe gegen Frauen und Kinder. Kurz darauf veröffentlichten die Vereinten Nationen einen Bericht über Fälle sexueller Ausbeutung von Schutzbefohlenen durch Blauhelme in Haiti. In einem Beitrag für *Zeit online* forderte Gisela Hirschmann eine klare Haltung der Verantwortlichen: „Die UN muss zeigen, dass eine Kultur des Wegsehens und Verdrängens der Vergangenheit angehört. Der UN-Generalsekretär muss das Thema zur Chefsache machen und sicherstellen, dass in Zukunft nur noch solche Staaten Soldaten und Polizisten für Einsätze stellen dürfen, die Straftäter vor Gericht bringen.“